



REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT SÜDWESTTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts
PRÄSIDENT

Regionale Planungsstelle Südwestthüringen
beim Thüringer Landesverwaltungsamt
Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl

Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau
und Naturschutz
Ref. 35
Kennwort „Teilpläne Biotopverbund“
Göschwitzer Straße 41
07745 Jena

E-Mail: bvk.suedwest@tlubn.thueringen.de

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom
11.12.2025

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Bad Salzungen
04.02.2026

Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Südwestthüringen zum „Biotopverbundkonzept für den Freistaat Thüringen als sachlicher Teilplan für die Landschaftsrahmenpläne der Planungsregionen Thüringens“ (mit Umweltbericht)

Bezug: Unterlagen gemäß E-Mail vom 11.12.2025
(Beschluss-Nr.: 01/441/2026)

Das Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN; Ref. 35 – Eingriffe, Landschaftsplanung, Biotopverbund) hat den Träger der Regionalplanung in Südwestthüringen darum gebeten, im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit am „Sachlichen Teilplan Biotopverbund der Landschaftsrahmenplanung Thüringen für die Planungsregionen Nordthüringen, Mittelthüringen, Ostthüringen und Südwestthüringen“ (hier: Südwestthüringen) eine Stellungnahme bis zum 25.01.2026 abzugeben. Per E-Mail vom 16.12.2025 wurde eine Verlängerung der Abgabefrist bis zum 06.02.2026 beantragt und per E-Mail vom 18.12.2025 durch das TLUBN gewährt.

Die Mitglieder der Planungsversammlung der RPG Südwestthüringen nehmen nach Prüfung der verfügbaren Unterlagen wie folgt Stellung:

1. Vorbemerkungen

Die RPG Südwestthüringen unterstützt im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung grundsätzlich die Bestrebungen zum Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes. Jedoch verbleiben Unklarheiten bzgl. der vorgeschlagenen Umsetzung des Biotopverbundkonzept insbesondere mit Bezug zur Art und zum Umfang der vorgeschlagenen Integration in den Regionalplan Südwestthüringen.

Die Anmerkungen, Empfehlungen bzw. Einwände dienen daher der notwendigen Qualifizierung des Sachlichen Teilplans Biotopverbundkonzept (BVK), um die Integrationsfähigkeit zur Übernahme geeigneter, raumbedeutsamer landschaftsrahmenplanerischer Inhalte entsprechend des Regelungszwecks/-maßstabs des Regionalplans zu gewährleisten.

Landratsamt Wartburgkreis • Präsident und Landrat Dr. Michael Brodführer o.V.i.A.
Erzberger Allee 14 • 36433 Bad Salzungen
Telefon: 03695/61 51 00 • Telefax: 03695/61 51 99

Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen • Regionale Planungsstelle beim Thüringer Landesverwaltungsamt
Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl
Telefon: 0361/57331-5301 • Telefax: 0361/57331-5302
E-Mail: regionalplanung-sued@tlvwa.thueringen.de • Internet: <https://regionalplanung.thueringen.de>

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:
<https://regionalplanung.thueringen.de/datenschutz/> Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

2. Bisherige Integration von raumordnerischen Erfordernissen des Biotopverbundes in den Regionalplan 2011/2012

Bereits im rechtsgültigen Regionalplan Südwestthüringen (2011/2012) wurde den Erfordernissen des Biotopverbundes umfassend Rechnung getragen. Dabei bilden verschiedene Ziele und Grundsätze (insbesondere im Kapitel 4 Freiraumstruktur) rahmensetzend ein in sich konsistentes System zur planungsrechtlichen Sicherung des Biotopverbundes als Bestandteil eines großräumig übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems.

Generell werden raumbedeutsame Inhalte der Landschaftsrahmenpläne unter Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Belangen in den Regionalplan übernommen (ThürLPIG § 5 Abs. 1 S. 3). Um den raum-, nutzungs- und funktionsübergreifenden Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung tragen zu können, wurden sowohl textliche als auch zeichnerische Festlegungen in den Regionalplan aufgenommen. Teilweise ergibt sich der Bezug zu den Erfordernissen des Biotopverbundes auch durch Klarstellungen im Kontext anderer regionalplanerischer Festlegungen in der jeweiligen Begründung.

Insofern dienen nicht nur die Ausweisung von Vorranggebieten Freiraumsicherung (Z 4-1) der Integration der Erfordernisse des Biotopverbundes, sondern entsprechend der sach- und raumübergreifenden Vernetzungsnotwendigkeit auch andere regionalplanerische Festlegungen. Im Übrigen beinhalten auch die Vorranggebiete Freiraumsicherung als vom Landesentwicklungsprogramm (LEP) Thüringen 2025 vorgegebene multifunktionale Planungskategorie keinen ausschließlichen Bezug zur Sicherung einzelner Flächen für den Biotopverbund. Wichtige Elemente/Bereiche des Biotopverbundes (z.B. Kernflächen) sind aber (unter Berücksichtigung anderer raumbedeutsamer Belange) wertgebende Inhalte der Vorranggebiete.

Insgesamt wurden im Regionalplan Südwestthüringen 34,3 % der Regionsfläche als Vorranggebiete Freiraumsicherung ausgewiesen. Vorranggebiete sind als Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen und als verbindliche Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen zu beachten. Zusätzlich wurden 29,6 % als Vorbehaltsgebiete Freiraumsicherung (G 4-7) festgelegt. Vorbehaltsgebiete sind als Grundsätze der Raumordnung Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen. Gemäß ROG § 7 Abs. 3 Nr. 2 ist der jeweilig bestimmten Funktion oder Nutzung dieser Gebiete bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen und Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen. Allein durch diese beiden Planungskategorien wird den Intentionen des Biotopverbundkonzeptes im Sinne der planungsrechtlichen Integration in den Regionalplan bereits umfassend Rechnung getragen.

Auch die Vorranggebiete Landwirtschaftliche Bodennutzung (Z 4-4) ermöglichen Maßnahmen zur Entwicklung des Biotopverbundes (z.B. i.V.m. G 4-13) bzw. dienen durch die Gebiets- und Nutzungssicherung rahmensetzend dem Biotopverbund (insbesondere für den Grünland- und Trockenlebensraumverbund), da die Art und die Intensität der landwirtschaftlichen Bodennutzung durch die Ausweisung der Vorranggebiete nicht vorherbestimmt ist (vgl. Begründung zu Z 4-4). Einen regionalplanerischen Schwerpunkt bildet jedoch der Erhalt der für die Bewirtschaftung gut geeigneten und besonders ertragreichen Böden (vgl. Begründung zu Z 4-4 und G 4-12).

Darüber hinaus wird in der Begründung zu den Vorranggebieten Hochwasserschutz in Z 4-2 klargestellt, dass mit der Sicherung dieser Gebiete auch der Erhalt wichtiger ökologischer Freiraumfunktionen verbunden ist und sie deshalb eine herausragende Bedeutung als Element des ökologischen Freiraumverbundes (und damit auch des Biotopverbundes) besitzen.

Weitere Grundsätze sichern in Form von textlichen Festlegungen die Notwendigkeit sich bei nachfolgenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen angemessenen mit den Erfordernissen des Biotopverbundes als wichtigem freiraumstrukturellem Belang auseinanderzusetzen (qualifizierte Gewichtungsvorgabe und räumlicher Bewertungsmaßstab für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen). Dies gilt z.B. für:

- G 4-5 - Vermeidung der Beeinträchtigung von natürlichen Zug- und Wanderwegen sowie von Rastplätzen wandernder Tierarten (großräumiger Biotopverbund),
- G 4-6 - Verbesserung der ökologischen Verbundfunktion der Fließgewässer und ihrer Auen,
- G 4-13 - großräumige Ergänzung des Systems linienartiger, naturnaher Saumstrukturen auf landwirtschaftlich genutzten Böden,
- G 4-15 - Erhöhung des Waldanteils bevorzugt in den Teilen der Planungsregion mit unterdurchschnittlichem Waldanteil und
- G 4-23 - Folgenutzung von Rohstoffabbaustätten unter der besonderen Berücksichtigung des Aufbaus eines regionalen Biotopverbundes.

Diese Vorgehensweise entspricht dem Regelungszweck und der Steuerungsmöglichkeit des Regionalplans unter Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Belangen.

Insgesamt sind bereits 63,4 % der Kernflächen des BVK durch die Ausweisung von Vorranggebieten Freiraumsicherung unmittelbar, 5,3 % durch die Ausweisung von Vorranggebieten Hochwasserschutz und 2,7 % durch die Ausweisung von Vorranggebieten Landwirtschaftliche Bodennutzung mittelbar im aktuell gültigen Regionalplan Südwestthüringen gesichert.

Allein die Gebietsausweisungen zur Freiraumsicherung (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete) umfassen im aktuell gültigen Regionalplan Südwestthüringen 83,3 % der Kernflächen des BVK.

3. Integration von raumordnerischen Erfordernissen des Biotopverbundes in den Entwurf des Regionalplans Südwestthüringen 2018

Der Regionalplan Südwestthüringen befindet sich seit 2015 im Änderungsverfahren. Das in sich schlüssige System der Integration der Erfordernisse des Biotopverbundes wurde aber auch im ersten Entwurf des geänderten Regionalplans (27.11.2018) beibehalten.

Der Anteil an Vorranggebieten Freiraumsicherung (Z 4-1) hat sich von 34,3 % auf 37 % der Regionsfläche erhöht, der Anteil der Vorbehaltsgebiete Freiraumsicherung von 29,6 % auf 28,1 % verringert.

Die unter Punkt 2 genannten Klarstellungen in den Begründungen zu den Planungskategorien Vorranggebiete Hochwasserrisiko (Z 4-2) und Vorranggebiete Landwirtschaftliche Bodennutzung (Z 4-3) wurden beibehalten. Die Grundsätze mit Bezügen zum Aufbau eines Biotopverbundsystems wurden teilweise angepasst:

- G 2-7 - innerstädtische Grünflächensysteme sollen mit den Freiräumen des Umlandes verbunden werden,
- G 4-1 - nachhaltige Bewirtschaftung der Schwerpunkt- und Ergänzungsräume des ökologischen Freiraumverbundsystems soll die Kohärenz der Natura 2000-Gebiete und den großräumigen Biotopverbund verbessern,
- G 4-5 - Verbesserung der ökologischen Verbundfunktion der Fließgewässer und ihrer Auen,
- G 4-6 - Entwicklung und Etablierung gemeindeübergreifender Kompensationspools soll zur Stärkung des ökologischen Freiraumverbundsystems beitragen,
- G 4-13 - großräumige Ergänzung des Systems linienartiger, naturnaher Saumstrukturen auf landwirtschaftlich genutzten Böden,
- G 4-16 - Erhöhung des Waldanteils bevorzugt in den Teilen der Planungsregion mit unterdurchschnittlichem Waldanteil und
- G 4-24 - Folgenutzung von Rohstoffabbaustätten unter der besonderen Berücksichtigung des Aufbaus eines regionalen Biotopverbundes.

Durch den Entwurf des Regionalplans Südwestthüringen werden 74,6 % der Kernflächen des BVK durch die Ausweisung von Vorranggebieten Freiraumsicherung unmittelbar, 5,1 % durch die Ausweisung von Vorranggebieten Hochwasserschutz und 2,0 % durch die Ausweisung von Vorranggebieten Landwirtschaftliche Bodennutzung mittelbar gesichert.

Die Gebietsausweisungen zur Freiraumsicherung (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete) umfassen jetzt 86 % der Kernflächen des BVK.

4. Qualifizierung des Sachlichen Teilplans Biotopverbundkonzept Thüringen

Die Inhalte der Landschaftsrahmenplanung sind unter Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Belangen dann in den Regionalplan integrierbar, wenn sie raumbedeutsam und darstellbar sind. Die planungsrechtliche Sicherung erfolgt nur für den Geltungsbereichszeitraum des Regionalplans, der wiederum von dem Erfordernis der Änderungsnotwendigkeit (durch Änderung des LEP oder sonstigem Handlungsbedarf) abhängt. D.h., zur dauerhaften Sicherung bedarf es i.d.R. nachfolgender Sicherungsmaßnahmen des Naturschutzes.

Auf der Basis der unter Punkt 2 und 3 gegebenen Erläuterungen sind die Empfehlungen des BVK stärker an den unterschiedlichen Integrationsmöglichkeiten des Regionalplans zu orientieren und nicht einseitig und pauschal ausschließlich auf die Planungskategorie der Vorranggebiete Freiraumsicherung auszurichten. Entsprechende Vorschläge zur Ausweisung von Vorranggebieten Freiraumsicherung mit dem spezifischen Fokus der Flächensicherung für den Biotopverbund sollten dahingehend evaluiert und sachlich-räumlich präzisiert werden. Maßgeblich ist dabei auch die Berücksichtigung des Erfüllungsgrades des gesetzlich festgelegten Kriteriums der Flächensicherung von mindestens 10 % der Landesfläche sowie die Beachtung der Verhältnismäßigkeit von Forderungen zur Sicherung eines fachlichplanerisch optimierten Konzeptes und dem Auftrag, einen funktionsfähigen Biotopverbund zu sichern. Ebenso sind die Entwicklungsabsichten (Regionalplanentwurf 2018) in die Betrachtungen/Analysen einzubeziehen.

Gemäß BNatSchG § 21 Abs. 4 sind die erforderlichen Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente durch Erklärung zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2, durch planungsrechtliche Festlegungen, durch langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich zu sichern, um den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten.

Im BVK fehlt die systematische und analytische Darstellung der verschiedenen im BNatSchG genannten Optionen und der damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten bzw. der einzubindenden Akteure. Insbesondere die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes, des Flächenerwerbs (z.B. über landeseigene Naturschutzstiftungen), die Sicherung im Rahmen anderer landnutzungsregelnder Verfahren (z.B. Flurneuordnungsverfahren) bzw. die Nutzung von Kompensationspools/Entsieglungsfonds oder auch die Anpassung der FFH-Managementpläne sind als wesentlich präziser wirkende flächen- und schutzzwecksichernde Instrumente zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags stärker in den Fokus des BVK zu rücken, als dies bisher geschehen ist.

Außerdem sichern auch andere Fachgesetze den dauerhaften Schutz von Erfordernissen des Biotopverbundes. So dient das Thüringer Waldgesetz u.a. dazu: „die Schutzfunktionen und die landeskulturellen Leistungen des Waldes durch naturnahe Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern und zu steigern und hierbei insbesondere naturnahe Wälder als Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu erhalten und zu entwickeln.“ (ThürWaldG § 1 Nr. 5). Nach § 10 Abs. 1 ThürWaldG darf Wald „nur nach vorheriger Genehmigung der unteren Forstbehörde in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Änderung der Nutzungsart). Die Genehmigung erfolgt im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde...“. Diese Formen der rechtlichen Sicherung sind ebenfalls mit in die Betrachtungen aufzunehmen.

Die Konzentration auf das planungsrechtliche Instrumentarium des Regionalplans - und hier nur auf die Planungskategorie der Vorranggebiete Freiraumsicherung (70 % der empfohlenen Flächensicherung, s. Tabelle 1) - wird als unverhältnismäßig und in seiner fachlichen Ausformung als zu pauschal beurteilt.

Tabelle 1: Handlungsempfehlungen zur zusätzlichen Sicherung des Biotopverbundes in der Planungsregion Südwestthüringen (zusammengestellt aus dem BVK)

Wald	Grünland	Trocken	Feucht	Maßnahmen- summe	Anteil Regionsfläche
M7 – Integration von Kernflächen in VR-Gebiete Freiraumsicherung					
11.793 ha	7.934 ha	811 ha	4.578 ha	25.116 ha	6 %
M10.1 Sicherung von Gebieten mit herausragender Bedeutung					
1.286 ha	1.655 ha	-	140 ha	3.081 ha	0,75 %
M10.2 Sicherung von Gebieten mit hoher Bedeutung					
6.762 ha	674 ha	96 ha	141 ha	7.673 ha	1,85 %
Gesamtsumme				35.870 ha	8,6 %

Bisher sind 8,2 % aller Biotopverbundflächen in der Planungsregion Südwestthüringen naturschutzrechtlich gesichert, 5,9 % liegen in Vorranggebieten Freiraumsicherung (das sind zusammen bereits 14,1 % der Regionsfläche). Zusätzlich liegen 0,5 % in FFH-Gebieten (außerhalb geeigneter Schutzgebiete) und weitere 4,2 % liegen in weiteren Schutzgebieten. Nur 3 % der Kern- und Verbindungsflächen liegen außerhalb jeglicher Schutzgebiete. Trotzdem wird eine Verdopplung der Vorranggebiete Freiraumsicherung für den ausschließlichen Zweck des Biotopverbundes von 5,9 % auf knapp 12 % gefordert.

Begründet wird dies u.a. damit, dass die Funktionsfähigkeit des Biotopverbundes auch davon abhängt, ob ein bestimmter Prozentsatz von Kernflächen eines Lebensraumverbundtyps oberhalb oder unterhalb des landesweiten Durchschnitts eines bestimmten Naturraums liegt. Das ist nicht plausibel. Die rein quantitative Betrachtung rechtfertigt nicht daraus abgeleitete Forderungen zur (pauschalen) Erhöhung des Kernflächenanteils (und deren Ausweisung als Vorranggebiet Freiraumsicherung). Die betrifft in Teilen alle Lebensraumverbundtypen in der Planungsregion Südwestthüringen.

Es wird eine deutlich differenziertere Betrachtung der verschiedenen Sicherungsoptionen sowohl der natur-/umweltschutzfachlichen/-rechtlichen als auch der planungsrechtlichen Instrumente des Regionalplans angemahnt, um den Verantwortungszusammenhang beim Aufbau eines landesweiten Biotopverbundsystems nicht monokausal auf die Regionalplanung (mit Bezug zu einer Planungskategorie) zu delegieren und eine dem fachlichen Auftrag angemessene Aufgabenverteilung/-zuordnung zu gewährleisten. Zu einer notwendigen entwicklungsstrategischen Bewertung der jeweiligen Vorschläge/Empfehlungen gehört auch eine klare Nachvollziehbarkeit des jeweiligen Gewichtes der einzelnen Gebietsvorschläge im Sinne einer Prioritätensetzung bzw. einer (qualitativ ausgerichteten) Plausibilitätsprüfung. Zum Beispiel wäre eine Unterscheidung denkbar zwischen einem zu sichernden räumlichen Grundgerüst (funktionsfähiger Biotopverbund) und einem ergänzendem Netz (optimiertes Fachkonzept).

Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang gewesen, wenn die planungsrechtlichen Instrumente des Regionalplans in Bezug auf die Integrationsfähigkeit der Belange des Biotopverbundes systematisch dargestellt worden wären, um daraus entsprechende Vorschläge zur Einbindung abzuleiten bzw. um klarzustellen, wie die Belange bisher Eingang in die Regionalplanung gefunden haben.

Es wäre ebenso von Vorteil gewesen, den aktuellen Planungsstand der Regionalplanung (Regionalplanentwurf 2018) hinsichtlich der bereits erfolgten Integration des Biotopverbundes zu analysieren, um daraus Empfehlungen für den weiteren Regionalplanänderungsprozess ableiten zu können.

In Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung sind im Übrigen als sonstige raumordnerische Erfordernisse bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen zu berücksichtigen. Dies gilt also auch für die Erarbeitung von Teilplänen der Landschaftsrahmenplanung. Das ist insofern von Bedeutung, da ein Abgleich mit dem Regionalplanentwurf eine Aussage darüber gestattet, inwieweit die relevanten Belange planerisch bereits integriert wurden bzw. inwieweit Zielkonflikte mit der beabsichtigten Planung vorliegen (z.B. i.Z.m. möglicherweise negativ wirkender regionalplanerischer Festlegungen = Zielkonfliktanalyse).

5. Weitere methodische Hinweise/Anmerkungen/Einwendungen

Die regionalplanerische Maßstabsebene (M 1:100.000) schränkt die Integrationsfähigkeit bestimmter Flächen/Gebiete unter freiraumfunktionalen Aspekten ein, insbesondere, wenn Sie singular verortet und < 10 ha groß bzw. bei linearer bzw. inhomogener Ausprägung auch abschnittsweise < 100 m breit sind. Insofern sind die Verbindungsflächen/-elemente i.d.R. eher der nachfolgenden Planungsebene zuzuordnen (Abschichtungsnotwendigkeit).

Fachspezifische Regelungen (wie auf S. 43 des BVK gefordert: Untersetzung der Anforderungen des Biotopverbundes in der Begründung zur Zielausweisung) unterliegen nicht der raumordnerischen Steuerung und entsprechen nicht dem Regelungszweck des Regionalplans.

Grundsätzlich ist der Ansatz, bei der Ausbildung von Verbundachsen die Bewirtschaftsfähigkeit der besonders ertragsfähigen Böden zu berücksichtigen, zu begrüßen. Jedoch ist eine Anpassung des methodischen Herangehens und eine differenziertere Betrachtungsweise notwendig. Bei den Lebensraumverbundtypen Gewässer-/Feuchtverbund sowie Trockenverbund werden Vorranggebiete Landwirtschaftliche Bodennutzung bzw. hochwertige Ackerstandorte (Bodenwertzahl > 60) soweit wie möglich nicht in die Achsenbildung einbezogen (vgl. BVK, S.23/24). Die Planungsregion Südwestthüringen besitzt bis auf geringfügige Flächenanteile im nordwestlichen Wartburgkreis überhaupt keine ackerbaulich genutzten Flächen mit einer Ackerzahl von über 60 in einer raumbedeutsamen Größenordnung. Insofern ist die Berücksichtigung der regionsspezifischen Ertragsfähigkeit bei der Festlegung von planungsmethodischen „Tabubereichen“ stärker (ggf. nach Naturräumen) zu differenzieren.

Es ist auszuschließen, dass „Überschneidungen“ mit bestimmten Vorranggebieten zu restriktiven bzw. einschränkenden Fachbewertungen der jeweiligen vorrangigen Nutzungen/Funktion bei nachfolgenden Planungen und Maßnahmen führen (Ziel der Raumordnung = verbindliche Vorgabe). Entsprechende Aussagen/Formulierungen bzw. Empfehlungen sind zu korrigieren (z.B. Umweltbericht, S. 32 Maßnahme M3, Verbundsystem W/G/T/F, Vorranggebiete Landwirtschaftliche Bodennutzung (Sachgüter): ... Mit einem anteiligen Verlust an intensiv genutzten landwirtschaftlich wertvollen Flächen ist jedoch zu rechnen, wenn es sich um eine hochwertige Potenzialfläche handelt und in der Umgebung keine Ausweichmöglichkeit besteht.“). Ähnliches gilt auch für andere regionalplanerische Festlegungen insbesondere bei einer besonderen Standortbindung i.V.m. einer regionalen Versorgungsbedeutung (z.B. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffe/Rohstoffgewinnung). Es ist daher im BVK (nicht nur im Umweltbericht) der sachlich-räumliche Kontext möglicherweise den Kernflächen entgegenstehender raumordnerisch festgelegter Funktionen oder Nutzungen zu erläutern (z.B. Kalkstein-Lagerstättenkomplex Sülzfelder Berg: Vorranggebiete Rohstoffe K-9 – Herpf-Sülzfelder Berg westlich und K-10 – Herpf-Sülzfelder Berg östlich). Gegebenenfalls sind Zielfonfliktlösungen zu benennen bzw. klarstellende Aussagen aufzunehmen, um späteren Missverständnissen bzw. Fehlinterpretationen bei der Umsetzung/Anwendung des BVK vorzubeugen.

Schlussbemerkungen

Es ist dringend geboten, die vorgebrachten Hinweise und Einwendungen in den Entwurf des Sachlichen Teilplans Biotopverbundkonzept einzuarbeiten, um das BVK in angemessener Art und Weise über die verfügbaren Steuerungs- und Sicherungsinstrumente der Regionalpla-

nung umsetzen zu können. Im weiteren Planungsprozess sollte im Rahmen einer Prioritäten-
setzung bzw. einer Plausibilitätsprüfung unter Berücksichtigung des gesetzlich verankerten
Mindestflächenziels (10 %) evaluiert werden, welches räumliche Grundgerüst tatsächlich er-
forderlich ist, um einen funktionsfähigen Biotopverbund zu sichern. Das ist die Grundlage, um
die rein konzeptionellen Überlegungen in eine rationale Betrachtung der möglichen Realisier-
barkeit des BVK (Umsetzungsplan) überleiten zu können. Ein fachlich optimiertes Konzept ist
eine wichtige theoretische Basis für die Ermittlung von Entwicklungsoptionen, es kann aber
nicht der Maßstab für konkrete Umsetzungsforderungen sein. Dies würde sowohl die Ressour-
cen der Naturschutzbehörden des Freistaates Thüringen als auch die Handlungsmöglichkei-
ten der betroffenen Akteure/Partner überfordern und die allgemeine Akzeptanz verringern.

Mit Blick auf die Integrationsfähigkeit von Empfehlungen/Vorschlägen/Maßnahmen des BVK
sind insbesondere die Steuerungsmöglichkeiten des Regionalplans und seine Maßstabs-
ebene zu berücksichtigen. Eher kleinräumig bzw. lineare Verbundstrukturen/-elemente sind
klarer den nachfolgenden Planungsebenen zuzuordnen (Landkreis/Gemeinde).

Die RPG Südwestthüringen ist sich der besonderen Bedeutung der Ebene der Regionalpla-
nung zur Sicherung eines raumübergreifenden Biotopverbundes bewusst. Die regionalplane-
rische Umsetzung setzt allerdings voraus, dass die Forderungen entsprechend des gesetzli-
chen Auftrages und des jeweiligen Verantwortungsbereiches verhältnismäßig, angemessen
und plausibel sind.

Dr. Brodführer

Präsident

Landrat